

Steuerwettbewerb in Europa

Wachstum durch Steuersenkungen

Der Staat hat Aufgaben und Ausgaben, die er in der Regel, wenn er nicht gerade auf einem Öl- oder Gasfeld sitzt, bzw. über andere naturgegebenen handelbare Werte verfügt, durch Steuern- und Abgaben finanzieren muss. Es geht also einerseits darum, die Aufgaben und Ausgaben des Staates zu definieren und andererseits das richtige Maß an Steuer- und Abgabenbelastung zu finden.

Steuern sind ein wichtiger Standortfaktor und ein Mittel, um regionale bzw. nationale Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Natürlich gibt es viele weitere wichtige Faktoren, die die Attraktivität eines Standortes bestimmen. Ist die Steuer- und Abgabenbelastung in einem Land jedoch zu hoch, dann verliert es nicht nur an Attraktivität, sondern der Anreiz zur Schattenwirtschaft steigt, die Investitionsbereitschaft sinkt und in letzter Konsequenz brechen die Steuereinnahmen weg.

Was ist also die richtige Steuerpolitik? Wie generiert man höhere Steuereinnahmen ohne Wirtschaftswachstum abzuwürgen? Oder sollte der Staat nicht besser alles tun, um optimale Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand zu schaffen, um dadurch höhere Steuereinnahmen zu erzielen?

Der europäische Steuerzahlerbund, die Taxpayers Association of Europe (TAE), ist für faire Steuern, aber auch für einen Wettbewerb der Steuersysteme.

Die neuen EU-Mitgliedsländer haben mit ihren niedrigen linearen Steuersätzen, den so genannten „Flat Tax“ Systemen, ausgezeichnete steuerliche Rahmenbedingungen geschaffen und so eine vergleichslose Standortoffensive gestartet, die die alten EU-Mitgliedsländer erheblich unter Druck setzt. So hatte die Slowakische Republik 2004 eine „Flatrate“ (ein linearer Steuersatz) für die Körperschaft-, Einkommen- und Mehrwertsteuer in Höhe von 19% eingeführt, was nicht zuletzt zu einer Senkung der Körperschaftsteuer in Österreich und Deutschland führte.

In Deutschland wird dennoch scheinbar nur der linear progressive Tarifverlauf bei der Einkommensteuer als gerecht und richtig empfunden. Seit der Nachkriegszeit waren alle Vorschläge zur Einführung eines einheitlichen linearen Steuersatzes, beispielsweise zu nennen die Steuerstufenmodelle von Uldall oder Prof. Kirchhof, dem „Professor aus Heidelberg“, nicht mehrheitsfähig.

Interessanter Weise gilt das nicht für den Mehrwertsteuer- oder Körperschaftsteuersatz. Hier haben wir einheitliche lineare Sätze, die durchaus als gerecht empfunden werden.

Kapitalgesellschaften werden in Deutschland mit 15 Prozent Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer belastet. Trotz der 15 Prozent Körperschaftssteuer sind hier schnell über 30% fällig (bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 450 Prozent). Im EU-28-Durchschnitt liegt die steuerliche Gesamtbelastung dagegen bei nur 22 Prozent.

Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent setzt beim Ledigen bei einem Einkommen von 53.666 Euro (Ehepaare und eingetragene Lebenspartner 107.332 Euro) ein. Der dreiprozentige Zuschlag für „Reiche“ gilt dann ab einem Einkommen von 254.447 Euro (508.894 Euro bei Ehepaaren und eingetragenen Lebenspartnern), zuzüglich

Soli und Kirchensteuer. Schnell wird von jedem zusätzlich verdienten Euro mehr als die Hälfte vom Fiskus wieder einkassiert.

Wobei die Höhe des Steuersatzes alleine, sei es bei der Einkommen- oder Körperschaftsteuer, nichts über die effektive Steuerbelastung aussagt. Entscheidend ist auch wie der Steuertarif gestaltet und wie die Bemessungsgrundlage ermittelt wird.

Um Härten zu vermeiden und ein Höchstmaß an Einzelfallgerechtigkeit zu gewährleisten, gibt es eine Vielzahl von Steuerabzugsmöglichkeiten. Wer sich auskennt und geschickt agiert oder gut beraten wird, kann seine Steuerbelastung ganz legal deutlich reduzieren.

Ein hoher Steuersatz allein sorgt eben nicht dafür, dass alle Steuerzahler ihre Steuern wirklich leisten und wir eine „Gleichmäßigkeit der Besteuerung“ haben. Die Forderung nach höheren Steuern und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, um die so genannten „Reichen zu packen“, bedeutet in Wirklichkeit nur, dem Mittelstand tiefer in die Tasche zu greifen.

Denn Steuersenkungen haben in den USA, Estland, Irland, Russland, der Slowakei und in Deutschland zu höheren Steuereinnahmen geführt, Wirtschaftswachstum unterstützt bzw. initiiert.

Aus diesem Grund lehnt der europäische Steuerzahlerbund eine vollständige Koordination der europäischen Wirtschaftspolitiken und insbesondere auch eine Harmonisierung der direkten Steuersätze oder die Einführung eines Steuer-Korridors bzw. Mindesteingangssteuersätze bei den direkten Steuern ab, denn dies würde letztendlich nichts anderes bedeuten, als den Steuerwettbewerb auszuschalten und ein europäisches Steuerkartell zu bilden!

Wer Wachstum und Steuereinnahmen erreichen will, muss den Mittelstand entlasten und die Steuern senken.

Wir brauchen deshalb auch weiterhin Steuerwettbewerb in Europa! Nur dieser garantiert, dass die Steuer- und Abgabenbelastung auf einem erträglichen Niveau bleiben.

Taxpayers Association of Europe
Av. Renaissance 1
B-1000 Brüssel

info@taxpayers-europe.org